

## Plenarsitzung vom 25.02.2008

### Dokument 116

Die VIVANT- Fraktion stimmt dem Dekretentwurf zu, denn es ist ja mehr als offenkundig, dass die Bereiche Solidarwirtschaft und Nachbarschaftshilfe, nicht zuletzt auch wegen der Alterung unserer Gesellschaft, immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Wir nehmen aber diesen Dekretentwurf zum Anlass, um auf gravierende Ungereimtheiten hinzuweisen. Zum einen ist natürlich der vorgesehene föderale Förderungsbetrag viel zu gering. Von Seiten der föderalen Übergangsregierung verlautet aber, dass kein Geld mehr da sei, wie zum Beispiel, wie kürzlich mitgeteilt wurde, für eine sinnvolle Kaufkraftsteigerung der kleinen und mittleren Einkommensgruppen.

Ganz besonders zeigt sich eine schwerwiegende Fehlentwicklung bei der Sozialen Sicherheit. Um ein angegebenes Defizit von 11 MRD € bei der Sozialversicherung auszugleichen, sollen jetzt die Versicherten zur Kasse gebeten werden. Z.B. 1€ bei jedem Arztbesuch, 50 Cent auf jede Medikamentenpackung, 50 Cent bei Behandlungen durch Krankenpflege oder Krankengymnastik. Bei einer medizinischen Behandlung mit Kosten über 91 € sind 18 € aus eigener Tasche zu bezahlen.

Und was macht die Regierung? Sie hält 7,8 MRD € aus der Tabaksteuer, die für die Soziale Sicherheit vorgesehen sind, zurück, 3,5 MRD € aus der Alkoholsteuer, einen Anteil von 1,6 MRD € von den Auto-Versicherungsprämien, die eigentlich für die Soziale Sicherheit vorgesehen waren, das Gleiche bei 1,2 MRD € aus den Steuern für Industrieverschmutzung, 2 MRD € aus der Mehrwertsteuer sowie Zahlungsrückstände in einer Höhe von 4 MRD €.

Alles in Allem käme durch eine korrekte und ehrliche Arbeit der Verantwortlichen bei der Sozialversicherung und bei den Regierungen, an Stelle des angeblichen Defizits von 11 MRD € in der Sozialsicherheit ein Plus von 9 MRD € heraus.

Wenn man berücksichtigt, dass viele Regierungsinstanzen in Belgien vollkommen überflüssig sind, siehe z.B. die Provinzen, die Zweiteilung in Französische Gemeinschaft und Wallonische Region, und dass ein großer Verwaltungsaufwand nur deshalb notwendig ist, weil die Regelungen so extrem kompliziert gehalten werden, dann steht fest, dass zu allererst da die notwendigen Korrekturen angesetzt werden müssen, um das dringend benötigte Geld für die Gesundheitsfürsorge, die Sozialhilfe und die Solidarwirtschaft zu finden.

Ich weise aber auch darauf hin, dass ja vor kurzem hochrangige Mitglieder der PS, und zwar Elio di Rupo und Laurette Onkelincks, zu Recht, auf die Auswüchse im Kapitalektor mit Milliarden Gewinnen der privaten Finanzinstitute hingewiesen haben: Da liegen ebenfalls noch jungfräuliche und ausgiebige Geldquellen für die Solidarwirtschaft und für die gesamte Gesellschaft.

Joseph Meyer  
VIVANT- Fraktion

## Plenarsitzung vom 25.02.2008

### Dokument 122

Wie während der letzten Tage mit dem Steuerhinterziehungsskandal um den Postchef in Deutschland zu beobachten war, sind Maßnahmen gegen Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche, usw. in allen Ländern unbedingt notwendig. Für die Entwicklungsländer ist allerdings ganz besonders die Möglichkeit zu begrüßen, dass nun durch Regierungsmitglieder

veruntreute Gelder wieder von den Geheimkonten ausländischer Banken zurückgeholt werden können.

Die Partei VIVANT macht in ihrem Programm einige interessante Vorschläge:

So z.B. sollten alle größeren Zahlungen nur noch elektronisch erfolgen können, weil sie dann nachvollziehbar wären. VIVANT schlägt auch vor, die großen Geldscheine zurückzuziehen, um Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung in Steueroasen zu erschweren. Auch das Bankgeheimnis, welches ja erst Korruption und Steuerhinterziehung zur einfachen Sache macht, sollte weitgehend aufgehoben werden.

Die VIVANT- Fraktion stimmt diesem Dekretentwurf zu.

Joseph Meyer  
VIVANT- Fraktion

#### Plenarsitzung vom 25.02.2008

#### Interpellation von Herrn Jaegers zu den privaten Munitionstests in Elsenborn

Wie die VIVANT- Fraktion bereits im Rahmen meiner Frage hierzu an Minister Gentges in der Plenarsitzung vom 29 November 2007 gesagt hat, ist die Sorge um eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch die Munitionstests im Lager Elsenborn keineswegs beseitigt.

Denn Partikelmessungen in der Luft während und im direkten Anschluss an diese Munitionstests wurden offenbar noch nie durchgeführt.

Auch Kontrollen in Bezug auf den verwendeten Munitionstyp waren bisher so selten, dass sie völlig ineffizient erscheinen.

Auf Grund der Ausführungen von Herrn Stoffels könnte manch einer sogar mutmaßen, dass hier schon der Dekretentwurf, den wir so eben unter Dokument 122 gutgeheißen haben , zur Anwendung gebracht werden könnte.

Die VIVANT- Fraktion unterstützt die vorliegende Interpellation, und wir sind also auch bei dem von Frau Thiemann eingeforderten Schulterschluss dabei.

Joseph Meyer  
VIVANT- Fraktion